

Schwarzwälder Bote, FDS ☐, **Horb** ☐, **Schramb.** ☐, **Calw** ☐, **Nagold** ☐
Südwestpresse ☒
Schwäbische Zeitung ☐
Sonstige ☐

Datum: 10.03.2010

Weg mit der „Herdprämie“!

Internationaler Frauentag bei der IG Metall / „Verliererinnen der Krise sind Frauen“

„Veränderung braucht Bewegung!“ Unter dieses Motto stellte die IG-Metall Gewerkschaftssekretärin Dorothee Diehm ihren Appell zum Internationalen Frauentag.

MONIKA SCHWARZ

Freudenstadt. Bevor Diehm das Wort ergriß, forderte Betriebsrätin Britta Hendel (Firma Arburg) die Besucherinnen dazu auf, bei den anstehenden Betriebsratswahlen am 10. März wählen zu gehen. „Wir Frauen müssen zusammen stehen und gemeinsam für unsere Rechte streiten, den nur gemeinsam sind wir stark.“

Diehm brachte dann auf den Punkt, was sich die Frauen zum Internationalen Frauentag „wirklich wünschen“. Nicht etwa Klamotten, Schmuck und Kosmetik, wie in den Teleshopping-Sendern suggeriert wird, sondern die Gleichstellung in Betrieben, Verwaltungen und der Gesellschaft. Diehm erinnerte an den Ursprung des Internationalen Frauentags vor 100 Jahren und an die damaligen Forderungen, die in vielerlei Hinsicht auch heute noch ihre Gültigkeit hätten. Etwa gesetzliche Mindestlöhne, gleicher Lohn für gleiche Arbeit oder die Ablehnung imperialistischer Kriege.

Aus der momentanen Krise gin-



Die Gewerkschaftssekretärin Dorothee Diehm. Bild: mos

gen besonders die Frauen als Verliererinnen hervor. Auch wenn es in der Vergangenheit gelungen sei, teilweise bessere Gesetze durchzusetzen – so mit dem Anspruch auf Rückkehr an den Arbeitsplatz nach der Elternzeit –, kümmerten sich manche Arbeitgeber um derlei Vorgaben gar nicht. Auch Regelungen beschränkten sich viel zu oft darauf, allenfalls an die Wirtschaft zu appellieren. Das Ende vom Lied: „Die Organisation aller täglichen Konflikte zwischen Beruf und Familie ist für die meisten

Frauen immer noch ein Tanz auf dem Drahtseil“, so Diehm.

Scharfe Kritik übte sie an dem Unwort des Jahres 2009: „Betriebsratsverseucht“. „Wer ein solches Wort in die Welt setzt, missachtet nicht nur die Interessen der Beschäftigten, sondern diffamiert die Kollegen/innen die mit viel Einsatz, Mut und Engagement ihre Arbeit tun.“ Engagierte Betriebsrätinnen sorgten zudem dafür, dass das Arbeitnehmer-Vertretungsorgan auch wichtige gleichstellungspolitische Themen nicht aus dem Blick verliert: Gleiches Entgelt, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder genügend Weiterbildungsmöglichkeiten.

Die wichtigste Aufgabe der Betriebsrätin in Zeiten der Krise sei aber die Beschäftigungssicherung. Man werde sich zur Wehr setzen, wenn jetzt wieder die alten Rollenbilder des männlichen Hauptnährers und des weiblichen Hinzuerdieners aus der Schublade geholt würden. Von all den genannten Forderungen finde sich allerdings nichts im Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Regierung. Dieser propagiere allenfalls eine Umverteilung von unten nach oben, kritisierte die Gewerkschaftssekretärin. Gleichstellung interessiere da kaum, überall werde auf Freiwilligkeit und eine Selbstverpflichtung der Wirtschaft

gesetzt, anstatt die Dinge zu regeln. Durch die Ablehnung gesetzlicher Mindestlöhne verweigere die Regierung den Frauen in Niedriglohnbereichen geradezu ein Existenz-sicherndes Einkommen. Und damit die Frauen nicht vergäßen, wo sie nach Auffassung der Konservativen hingehören, gebe es ab 2013 auch noch die „Herdprämie“ von 150 Euro monatlich (für Frauen, die ihr Kind zuhause betreuen). „Weg mit der Herdprämie“, forderte Diehm, die im Gegenzug für den Ausbau von Krippen und Kitas plädierte. Nur wenn Kinderbetreuung nicht mehr von der Region, dem Geldbeutel oder der Hilfe von Verwandten abhängt, könne man von echter Wahlfreiheit sprechen.

Am Ende thematisierte sie das Thema Entgeltgerechtigkeit bei Frauen und Männern. Auch hier setze die Bundesregierung auf Freiwilligkeit – „und das hat noch nie funktioniert“. Was man fordern könne, sei gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit. Frauenarbeit dürfe dabei nicht per se weniger wert sein als die Arbeit der Männer. Auch deshalb brauche man die Unterstützung durch Betriebsräte.

Man müsse jetzt eine gesellschaftliche Debatte anstoßen, denn „die Wertschätzung eines Menschen soll im Vordergrund stehen, nicht Gewinne, Aktienkurse und Manager-Boni“.